

«Man musste vom Schlimmsten ausgehen»

Versorgungssicherheit Was geschah über die Festtage, als der Stromriesen Alpiq den Bund um finanzielle Hilfe ersuchte? Nun äussert sich Energieministerin Simonetta Sommaruga – und sagt, wie sie die Versorgungssicherheit stärken will.

Charlotte Walser

Die Strom- und Gaspreise steigen auf Rekordhöhen. Im Fall eines russischen Angriffs auf die Ukraine dürfte sich die Situation noch verschlimmern. Frau Bundesrätin, droht Europa eine Energiekrise?

Die internationale Lage ist sehr instabil. Da kommt einiges zusammen: Die Spannungen rund um die Ukraine, leere Gasspeicher – und in Frankreich sind mehrere Kernkraftwerke länger ausgefallen als geplant. Meine Fachleute beobachten die Entwicklungen sehr genau. Die Situation beschäftigt alle Staaten.

Gibt es Notfallpläne?

Die Versorgungssicherheit steht bei mir seit drei Jahren zuoberst auf der Agenda. Wir verfolgen einen klaren Plan. Wegen der aktuellen Situation ziehe ich eine wichtige Massnahme jetzt vor.

Was haben Sie vor?

Wir wollen die Versorgungssicherheit im Winter mit einer Wasserkraftreserve stärken. Diese Massnahme ist bereits in einem Gesetz vorgesehen, das im Parlament hängig ist. Doch ich möchte nicht auf das Parlament warten. Ich werde dem Bundesrat vorschlagen, die Massnahme vorzuziehen und per Verordnung einzuführen. Dann haben wir bereits nächsten Winter eine Versicherung für den Notfall – eine Reserve, auf die wir schnell zurückgreifen können. Die Versorger müssen eine bestimmte Menge Wasser in den Speicherseen zurückhalten und werden dafür entschädigt. So haben wir den Strom auf sicher, falls wir ihn brauchen.

Die Stromkonzerne haben derzeit Probleme, weil sie wegen des Preisanstiegs höhere Absicherungen leisten müssen. Die Alpiq hat kurz vor Weihnachten den Bund um finanzielle Hilfe ersucht. Wie haben Sie reagiert?

Mir war sofort klar: Da geht es um viel. Ich habe umgehend eine Taskforce eingesetzt mit Personen aus der Bundesverwaltung und der Elektrizitätskommission Elcom. Die Taskforce unter Federführung des Uvek arbeitete über die Festtage intensiv.

Das klingt nach Krisenmodus. Zeichnete sich eine Rettungsaktion wie damals bei der UBS ab?

Man musste angesichts der Unsicherheiten auf internationaler Ebene tatsächlich vom Schlimmsten ausgehen. Eine Rettungsaktion wurde dann aber nicht nötig.

Inzwischen hat die Alpiq das Gesuch um Staatshilfe zurückgezogen. Die Situation bleibt aber angespannt. In Deutschland, Frankreich und Finnland hat der Staat bereits mit Milliardenbeträgen eingegriffen. Womit rechnen Sie in der Schweiz?

In dieser angespannten Situation kann es die ganze Branche treffen. Deshalb habe ich am Freitag die Spitzen der Strombranche nach Bern zum Ge-



Bundesrätin Simonetta Sommaruga macht sich für eine Wasserkraftreserve stark. Foto: Raphael Moser

spräch geholt. Allen ist klar: Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen das Geschehene aufarbeiten und prüfen, ob es neue Regelungen braucht, gemeinsam mit der Strombranche.

Hat die Taskforce schon erste Erkenntnisse? Wäre die Versorgungssicherheit gefährdet, wenn einer der Stromriesen in Konkurs ginge?

Ich möchte nicht voreilen, diese Fragen müssen vertieft abgeklärt werden. Aber die wirtschaftlichen Verflechtungen im Strommarkt sind sehr stark. Auch wenn ein wichtiger Akteur im Ausland ausfällt, drohen Kettenreaktionen in der Schweiz. Das kann die Versorgungssicherheit gefährden. Im Vordergrund steht deshalb die Frage, wie wir sicherstellen können, dass beim Konkurs eines Stromunter-

nehmens weiter Strom produziert wird. Das heisst also: Wenn ein Unternehmen in Konkurs geht, müssen seine Werke weiterlaufen.

Würde der Bund Milliardenhilfe leisten, um einen Stromkonzern zu retten?

Die Alpiq hat eine andere Lösung gefunden. Aber klar: Wenn sich die internationale Situation zusetzt, kann man einen Konkurs

nicht ausschliessen. Das hätte möglicherweise gravierende Folgen für die Stromversorgung in der Schweiz. Das würde der Bund nicht zulassen. Daneben müssen wir die Versorgungssicherheit aber grundsätzlich angehen. Darauf möchte ich jetzt rasch eine Wasserkraftreserve einführen.

Welche Massnahmen sind neben der Wasserkraftreserve geplant?

Es ist ein 5-Punkte-Plan. Erstens: Die einheimischen erneuerbaren Energien ausbauen, um unsere Unabhängigkeit zu stärken. Zweitens: Die Verfahren beschleunigen, damit grosse Wind- und Wasserkraftanlagen schneller gebaut werden können. Drittens: Die Versorgungssicherheit im Winter mit zusätzlichen Stauseen stärken. Viertens: Mit der Wasserkraftreserve rasch eine Versicherung für Notfälle schaffen. Fünftens: Gaskraftwerke als zweite Sicherheit für Notfälle.

«Wenn sich die internationale Situation zusetzt, kann man einen Konkurs nicht ausschliessen.»

des Jahrzehnts sichergestellt. Die Bevölkerung schätzt die Photovoltaik. Der Zubau war letztes Jahr rekordhoch, im Pro-Kopf-Vergleich steht die Schweiz in Europa an fünfter Stelle. Bei der Wasserkraft haben wir mit der Einigung am runden Tisch einen Meilenstein erreicht. Es geht also voran.

Ist es wirklich ein Meilenstein? Viele Wasserkraftprojekte bleiben wegen Einsprachen blockiert.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren haben sich Wasserwirtschaft, Umweltorganisationen und Kantone an einen Tisch gesetzt und sich auf 15 sinnvolle Projekte verständigt. Zudem haben sie vereinbart, bei jedem Projekt frühzeitig zusammenzukommen und Lösungen zu suchen. Das ist enorm viel wert. Inzwischen ist allen klar, dass die Stromversorgungssicherheit kein Feld ist, auf dem man politische Schermützel austragen sollte. Natürlich sind weiterhin Einsprachen möglich. Das ist auch richtig so. Wir werden aber die Verfahren straffen und beschleunigen. Auch darüber entscheidet der Bundesrat bald.

Die SVP fordert einen «Stromgeneral» und neue Atomkraftwerke. Für sie ist die Energiestrategie gescheitert. Auch die FDP-Spitze will das Neubauverbot streichen.

Was halten Sie davon?

Wir brauchen keinen General, sondern einen klaren Plan. Diesen gibt es. Ich hoffe, dass das Parlament die nötigen Gesetzesanpassungen zügig berät. Die Atomkraftwerke laufen, solange sie sicher sind. Es gibt in der Schweiz kein Abschaltdatum. Die BKW hat Mühleberg vom Netz genommen, weil es nicht mehr rentabel war. Ich habe in der Branche niemanden sagen hören, er wolle in ein neues AKW investieren. Ein Blick über die Grenzen genügt: Beim AKW Flamanville in Frankreich sind die Kosten explodiert, es gab jahrelange Verzögerungen.

In Frankreich hat vor kurzem die Regierung eingegriffen, weil die Strompreise für die Konsumenten und Konsumenten zu stark stiegen. Müssen wir uns auch in der Schweiz auf horrende Stromrechnungen einstellen?

Die Gaspreise sind bereits gestiegen. Und die Strompreise für Haushalte könnten in den nächsten zwei Jahren auch etwas ansteigen. Sie sind aber gesetzlich reguliert und werden von der Elektrizitätskommission überwacht. Wir müssen dennoch aufmerksam bleiben.

Bei der Neuauflage des CO₂-Gesetzes scheint sich im Parlament eine Mitte-rechts-Allianz zu bilden. Können die Klimaziele so erreicht werden?

Das neue CO₂-Gesetz des Bundesrates zeigt auf, wie wir die Ziele erreichen können. Ich zähle auf das Parlament. Es hat sich zu den Zielen bekannt. Nun erwarte ich, dass auch alle mitmachen.